

Krisenherd Westafrika - Konflikte und Interventionen



Während die Welt auf die Konflikte in der Ukraine und in Palästina schaut, hat sich unbemerkt von der westlichen Öffentlichkeit in Westafrika durch eine Reihe von Militärputschs ein neuer Krisenherd entwickelt.

STAATSTREICHE IN WESTAFRIKA

In den letzten drei Jahren putschte sich in mehreren Ländern Westafrikas das Militär an die Macht: 2021 in Mali und Guinea, 2022 in Burkina Faso, und 2023 in Gabun und Niger. Die westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS, wie auch die internationale Gemeinschaft, verurteilten die Gewaltakte. Um ihre Putsche zu legitimieren, kündigten Mali, Niger und Burkina Faso ihre Mitgliedschaft in ECOWAS und schlossen ein eigenes Militärbündnis, die *Allianz der Sahelstaaten*. ECOWAS setzte daraufhin die Sanktionen aus und begann Verhandlungen mit den Putschisten. Inzwischen hatten die Militärregierungen einen neuen Partner für Waffenlieferungen und militärische Kooperation gefunden: Russland, das große Anstrengungen macht, die westlichen Schutzmächte in Afrika zu ersetzen.

DAS VERSAGEN DER DEMOKRATIE

Alle drei Länder gehörten zu den neun Staaten der *Föderation der französischen Kolonien in Westafrika*. Auch nach der Unabhängigkeit behielt Frankreich einen großen Einfluss in seinen Ex-Kolonien durch eine militärische Präsenz und politische Eliten, die in Frankreich ausgebildet und von französischer Kultur geprägt waren.

In vielen westafrikanischen Staaten gab es von 1965-1985 zahlreiche Militärputschs, bis sich in den 80er Jahren demokratische Regierungen durchsetzen konnten.

Aber die Hoffnung der Bevölkerung auf eine spürbare Verbesserung ihrer Situation durch die neuen demokratisch gewählten Regierungen wurde meistens enttäuscht. Die Probleme einer krassen wirtschaftlichen Ungleichheit, einer bodenlosen Korruption der führenden Eliten und die mangelnde Bereitstellung sozialer Dienstleistungen im Bildungs-

und Gesundheitswesen blieben bestehen. Die Demokratie verlor den Rückhalt der Bevölkerung.

PUTSCHISTEN WILLKOMMEN

Dass die Bevölkerung - wie in den drei Ländern - oft einen Putsch begrüßt, in der Hoffnung auf eine Verbesserung ihrer Lebenssituation, hat mehrere Gründe.

Dass Frankreich auch nach Jahrzehnten der Unabhängigkeit immer noch eine Eingreiftruppe vor Ort hatte, um ihr genehme Regierungen und ihre eigenen wirtschaftlichen Interessen zu schützen, wurde als ein Affront gegen die nationale Souveränität empfunden. Der erste Akt der neuen Putschisten, die verhassten Franzosen nach Hause zu schicken, wurde von der Mehrzahl der Einwohner begrüßt.

Dass vor allem französische Unternehmen die Bodenschätze in diesen Ländern ausbeuten, wird als eine Form von Neokolonialismus empfunden. Stattdessen holt man sich lieber chinesische oder russische Investoren ins Land, die von keiner kolonialen Vergangenheit belastet sind. Nigers Militärs haben dem französischen Unternehmen *Orano* die Lizenz für den Abbau von geschätzten 200.000 Tonnen Uran entzogen.

Die deutsche Bundeswehr beteiligte sich in Mali mit insgesamt über 20.000 Bundeswehrsoldaten sowohl an der European Union Training Mission (EUTM) von 2013-2023 in der Ausbildung der malischen Armee wie auch in der MINUSMA Mission der UN.

EIN DILEMMA FÜR DAS BMZ

Die Akzeptanz von Diktatoren bei der Bevölkerung bedeutet ein Dilemma für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit. Sie ist der Förderung der Menschenrechte verpflichtet und müsste eigentlich die Entwicklungshilfe an autokratische Regime stoppen. Andererseits ist die Zivilgesellschaft die einzige Kraft, die einen demokratischen Wandel herbeiführen kann. Die Herausforderung ist also, demokratisch orientierte Organisationen der Zivilgesellschaft zu stärken, ohne gleichzeitig Militärregime zu unterstützen.

Die Entwicklungen in der Sahelzone sind zu wichtig, als dass sich Europa und Deutschland vollständig zurückziehen könnten. Nach Beendigung des Bundeswehreinsatzes in Mali sollte sich die Bundesregierung diplomatisch und entwicklungspolitisch weiter in der Region engagieren und mit zivilgesellschaftlichen Kräften zusammenarbeiten.

Quelle: <https://friedensgutachten.de/>; www.bundeswehr.de